

**Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung****Protokoll**

8. Sitzung (nicht öffentlich)

6. März 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

9.00 Uhr bis 11.20 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Frey (SPD)

Stenographin: Schröder-Djug

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes  
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991  
(Haushaltsgesetz 1991)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/800

Vorlage 11/366

Einzelplan 05 - Kultusminister

Vorlagen 11/263 und 11/356

**in Verbindung damit**

Ausschuß für Schule und  
Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

Seite

## **§ 21 Gemeindefinanzierungsgesetz 1991**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/802

**und**

**Auf Kernaufgaben der Landespolitik konzentrieren  
- Vorrang für Bildung und Wissenschaft -**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/805

**und**

**Maßnahmen gegen den Lehrer-/innen-Mangel**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/806

**und**

**SOS - Sonderschulen und Grundschulen in Not!**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/807

1

Der Ausschuß befaßt sich abschließend mit dem Einzelplan 05, soweit er in seine Zuständigkeit fällt. Dabei wird über die Anträge der Fraktionen nach Begründung und Aussprache abgestimmt.

Die Ergebnisse der Abstimmungen über die Anträge und die Schlußabstimmung sind im Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 11/1105** bzw. in dem Diskussionsteil dieses Protokolls wiedergegeben.

Ausschuß für Schule und  
Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

Seite

**2 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des  
§ 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG)**

Vorlage 11/218

17

Der Ausschuß stimmt der Vorlage 11/218 ohne Diskussion zu.

-----



Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

### Aus der Diskussion

#### **1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/800  
Vorlage 11/366

Einzelplan 05 - Kultusminister  
Vorlagen 11/263 und 11/356

**in Verbindung damit**

#### **§ 21 Gemeindefinanzierungsgesetz 1991**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/802

**und**

**Auf Kernaufgaben der Landespolitik konzentrieren  
- Vorrang für Bildung und Wissenschaft -**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/805

**und**

Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

### **Maßnahmen gegen den Lehrer-/innen-Mangel**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/806

**und**

### **SOS - Sonderschulen und Grundschulen in Not!**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/807

Der **Ausschuß** hat die in seine Zuständigkeit fallenden Haushaltspositionen des Einzelplans 05 in den Sitzungen am 30. Januar 1991 und 20. Februar 1991 im einzelnen beraten.

Zum Text des Haushaltsgesetzes faßt der **Ausschuß** einstimmig die in Vorlage 11/435 aufgelisteten Beschlüsse.

Aufgrund der Unübersichtlichkeit der Anträge und der umfangreichen Änderungsvorlage der Landesregierung behält sich die F.D.P.-Fraktion nach den Worten des **Abgeordneten Reichel (F.D.P.)** vor, eine weitere Lesung des Haushalts zu beantragen.

Die Unübersichtlichkeit werde noch dadurch gesteigert, daß man im **Ausschuß** nicht einmal eine Reihenfolge für die Behandlung der Anträge habe finden können. Die Anträge der SPD-Fraktionen lägen ihm im übrigen überhaupt nicht vor.

Der **Vorsitzende** erwidert, er habe die Fraktionen in der letzten Sitzung gebeten, ihre Anträge möglichst rechtzeitig vorher einzureichen. Ihm lägen die Anträge allerdings auch erst seit heute morgen vor. Von daher schlage er vor, die Kapitel einzeln aufzurufen und über die dazugehörigen Änderungsanträge abzustimmen.

Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

Zu den Einzelberatungen wird auf Vorlage 11/408 verwiesen. Die abgestimmten Anträge sind mit den Abstimmungsergebnisse in Vorlage 11/408 wiedergegeben. Im folgenden sind nur noch Diskussionsbeiträge protokolliert, die über die Darstellung in der genannten Vorlage hinausgehen.

**Zu: Kap. 05 300 - Schulen gemeinsam**

**Antrag der CDU betreffend Haushaltsvermerk Fachleiter und Moderatoren-tätigkeit**

(s. Anlage 1 zu Vorlage 11/408, Nr. 3)

**Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD)** macht deutlich, seine Fraktion habe große Sympathie, alle nichtunterrichtlichen Tätigkeiten von Lehrern gesondert auszuweisen bzw. diejenigen, die für nichtunterrichtliche Tätigkeiten freigestellt würden, zum Schulunterricht zurückzuführen. Diese Frage spiele aber auch bei den Organisationsüberlegungen eine Rolle. Aus diesem Grund habe die SPD solche Punkte bei den Haushaltsberatungen zurückgestellt. Insofern werde dies in jedem Fall bei den kommenden Haushaltsberatungen eine Rolle spielen.

Seine Fraktion könne dem Antrag der CDU hier nicht folgen. Sicherlich sei er als ein Auftrag an die Landesregierung zu verstehen, mit dieser Problematik insgesamt fertig zu werden.

**Zu: Kap. 05 300 - Schulen gemeinsam**

**Antrag der CDU betreffend Ausbringung von 2 000 Lehrerstellen mit einem zusätzlichen Haushaltsansatz von 70 Millionen DM**

(s. Anlage 1 zu Vorlage 11/408, Nr. 23)

**Abgeordneter Reul (CDU)** geht davon aus, daß die SPD diesem Antrag zustimmen werde. Auf Podiumsveranstaltungen im Lande und in den Schulen erkläre die SPD ja ständig, daß sie dafür sei, den Schulen ausreichend Lehrer zur Verfügung zu stellen. Nun könne gemeinsam etwas für die Bildung der Kinder getan werden.

Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

Seine Fraktion habe die Anträge kapitelscharf mit genauen Berechnungen vorgelegt, erwidert **Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD)**. Bei 2 000 Lehrern müßten schon die genauen Stellen im Haushalt bekannt sein. Von daher wolle seine Fraktion diesem Antrag nicht folgen.

**Zu: Kap. 05 360 Tit. 422 10**

**Antrag der SPD betreffend 35 A-13-Stellen z. A. für öffentliche Kollegs, Abendgymnasien und -Realschulen (Neueinstellungen)**

(s. Anlage 1 zu Vorlage 11/408, Nr. 37)

**Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD)** bejaht die Frage der Abgeordneten **Wolde- ring (CDU)**, ob diese Stellen auch für neu zu gründende Abendgymnasien bzw. -realschulen benutzt werden könnten.

**Zu: Kap. 05 390 Tit. 422 10**

**Antrag der SPD betreffend 176 z. A.-Stellen zusätzlich für die Sonder- schule für Lernbehinderte**

(s. Anlage 1 zu Vorlage 11/408, Nr. 41)

**Abgeordneter Reul (CDU)** bezeichnet die Zahl 176 aufgrund des riesigen Bedarfs als nicht ausreichend. Um allerdings überhaupt etwas zu verbessern, stimme seine Fraktion diesem Antrag zu.

**Staatssekretär Dr. Besch (Kultusministerium)** erläutert, die Zahl entspreche dem AVO-Bedarf. Man könne nicht weniger und auch nicht mehr einstellen.

Da die Zahl nach Aufstellung des Haushalts durch Zählung ermittelt worden sei, habe man sie auch nicht vorher aufbringen können. Die reine Veränderung der



Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

Schülerzahlen hätte von der Landesregierung berichtigt werden müssen. - Im übrigen kämen die 176 ja noch zu den 660 hinzu.

Wenn die Landesregierung die Vorarbeiten für SPD-Anträge übernehme, sei das schon interessant, entgegnet **Abgeordneter Reul (CDU)**.

Er weise wiederholt darauf hin, daß der AVO-Bedarf den wirklichen Bedarf an den Schulen nicht decke. So schreibe man einen Mißstand fort und berücksichtige nur, daß es mehr Schüler gebe. - Das gelte nicht für die Sonderschule, zumal dann nicht, wenn die Relation verbessert worden sei, wirft **Staatssekretär Dr. Besch (KM)** ein.

**Zu: Kap. 05 300 Tit. 527 10**

**Antrag der F.D.P. betreffend Reisekostenvergütung für Dienstreisen**  
(s. Anlage 2 zu Vorlage 11/408, Nr. 4)

**Abgeordneter Reichel (F.D.P.)** kommt darauf zu sprechen, daß Schulfahrten und Schulwanderungen wegen der im Vorfeld abzugebenden Verzichtserklärungen vielfach nicht stattfänden.

Er bitte die Landesregierung, einen aus ihrer Sicht vernünftigen Wert zu ermitteln, um Schulwanderungen und Schulfahrten so zu unterstützen, daß die Verzichtserklärungen wegfallen könnten. Die Kritik am gegenwärtigen Zustand sei ja in der letzten Schulausschußsitzung von der Landesregierung selbst geäußert worden.

Die Höhe, die der Titel früher einmal gehabt habe, könne man als Anhaltspunkt nehmen, meint **Staatssekretär Dr. Besch (KM)**. Allerdings habe die Summe nie ausgereicht. Wie bei allen Wohltaten hätte man davon immer mehr haben können.

Das Reisekostenrecht sei keine Wohltat, bemerkt **Abgeordneter Giltjes (CDU)**. - Darüber könne man streiten, erwidert **Staatssekretär Dr. Besch (KM)**. Hier

Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

handele es sich aber auch um die Frage, was leistbar sei und was nicht. Die Landesregierung habe eben beschlossen, hier zu kürzen.

**Zu: Kap. 05 710 Tit. 685 50**

**Antrag der SPD betreffend Erhöhung des Ansatzes um 850 000 DM auf 3 Millionen DM**

(s. Anlage 2 zu Vorlage 11/408, Nr. 6)

**Abgeordneter Reul (CDU)** fragt, wie die 850 000 DM aus Kapitel 05 110 Titel 427 30 - Prüfungsvergütung - genommen werden könnten.

**Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD)** antwortet, seine Fraktion habe mit ihrem Antrag gleichzeitig einen Deckungsvorschlag gemacht. Bei den Prüfungsvergütungen handele es sich offensichtlich um einen Bereich, bei dem die Landesregierung die Beträge gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht habe, was seine Fraktion für nicht erforderlich halte. Von daher solle dieser Haushaltsansatz als Deckung genutzt werden. - Dieser Ansatz sei also von der Landesregierung falsch berechnet worden, folgert **Abgeordneter Reul (CDU)** daraus.

Die Landesregierung habe einen Regierungsentwurf vorgelegt, den sie für richtig halte, bemerkt **Staatssekretär Dr. Besch (KM)**. Sie nehme die Änderungsanträge zur Kenntnis.

Wenn ein Haushalt, der anderthalb Jahre vor Realisierung aufgestellt werde, der auf Prognosen beruhe, nachher nicht den Realitäten 100%ig entspreche, werde analog der Landeshaushaltsordnung verfahren.

**Abgeordneter Reul (CDU)** erkundigt sich, ob die Landesregierung über Erkenntnisse verfüge, wonach es in dem Entwurf noch Positionen mit entsprechenden "Luftnummern" gebe. - Die Landesregierung verwahre sich gegen die Unterstel-

Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

lung, daß sie "Luftnummern" konstruiere. Diese Methode verbitte er sich wirklich, entgegnet **Staatssekretär Dr. Besch (KM)**.

**Zu: Kap. 05 320 Tit. 422 10**

**Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN betreffend Einrichtung von 620 weiteren Stellen zur Sicherstellung des Erweiterten Bildungsangebots in der Hauptschule**

Nach den Worten des **Abgeordneten Reichel (F.D.P.)** kann er diesem Antrag deswegen nicht zustimmen, weil präzise Berechnungsgrundlagen für den Lehrerberdarf fehlten. Die Zahl 620 wäre insofern willkürlich gegriffen.

**Abgeordneter Reul (CDU)** nimmt mit Erstaunen zur Kenntnis, daß nach den Berechnungen der GRÜNEN 620 Stellen notwendig sind, um das EBA weiterzuführen und erweitern zu können.

Er frage, wie hoch die Landesregierung die Stellen in etwa beziffere, die notwendig wären, um die Erweiterten Bildungsangebote an den Hauptschulen sicherzustellen.

Das Erweiterte Bildungsangebot werde nur durch die vorhandenen Überhangstellen ermöglicht, stellt **Staatssekretär Dr. Besch (KM)** klar. Die Landesregierung wolle aber versuchen, die bestehenden Angebote aufrechtzuerhalten. Neue könnten nicht hinzukommen.

Aufgrund der Veränderungen durch Versetzungen gehe er von 600 bis 900 Stellen aus, um ein Absenken zu verhindern.

Da diese Stellen aber nicht ausgebracht würden, werde es das Erweiterte Bildungsangebot an vielen Stellen nicht mehr geben, folgert **Abgeordneter Reul (CDU)**.

Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

Er plädiere dafür, daß der Schulausschuß der Landesregierung ein Signal gebe, daß das Erweiterte Bildungsangebot nicht verringert werden dürfe.

**Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD)** meint, bei den Hauptschulen gehe es nicht um die Problematik des Erweiterten Bildungsangebots, sondern um die Existenz vieler zu kleiner Hauptschulen und zu kleiner Klassen. Hierfür würden Stellen aus dem kw-Bereich verbraucht, die dann nicht zur Verfügung stünden, wenn man ein Erweitertes Bildungsangebot machen wolle. Das gehöre zusammen.

Er erinnere an die Position der SPD, die sich darauf festgelegt habe, daß die Umfänge des Erweiterten Bildungsangebots nicht unter die Hälfte von Hauptschulen, die bisher bedient worden seien, absinken dürften. - Dieser Fall sei eingetreten, wirft **Abgeordneter Giltjes (CDU)** ein.

Dieser Fall sei eingetreten, weil die kw-Stellen in der Zwischenzeit für andere Aufgaben als für eine Unterrichtsversorgung in der geordneten Zweizügigkeit verwendet worden seien, fährt **Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD)** fort.

Wenn die ganze Diskussion um die Organisationsuntersuchung einen Sinn haben solle, müsse man von der Landesregierung erwarten, daß sie die entsprechenden Maßnahmen treffe. Angesichts der vorhandenen kw-Stellen an den Hauptschulen könne seine Fraktion für diesen Zweck im Haushalt keine Stellen drauflegen.

**Abgeordneter Reul (CDU)** hält fest, Herr Dammeyer wolle die Stellen, die an den kleinen Schulen seien, dafür verwenden: Das bedeute, diese Schulen aufzulösen. Das sei eine klare Aussage.

Bisher habe der Wille bestanden, daß Erweiterte Bildungsangebot mit den dafür notwendigen Stellen auf die Dauer zu halten. Wenn man sich nicht auf 620 Stellen einigen könne, frage er, ob man sich nicht wenigstens auf eine politische Willensbildung verständigen sollte. Es dürfe doch nicht zugelassen werden, daß ein Bildungsangebot nach dem anderen zugemacht werde. Er meine, der Schulausschuß sollte einen Beschluß fassen.

Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

Auch wenn die anderen Fraktionen die Anträge der GRÜNEN als "Flut" empfinden mögen, seien sie keine "Schüsse ins Blaue", stellt **Abgeordnete Schumann (GRÜNE)** heraus.

Was die Absicht angehe, kleine Hauptschulen zu schließen - was sie im übrigen nicht ablehne -, mache sie darauf aufmerksam, daß das den Schülern und Schülerinnen an den Hauptschulen gegenwärtig überhaupt nichts nütze. Solange es die Schulform Hauptschule gebe - sie wehre sich gegen die Verelendungstheorie im bildungspolitischen Bereich -, müßten auch entsprechende Angebote gemacht werden. Diese sollten ja den Schülern und Schülerinnen zugute kommen.

**Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD)** möchte der Anregung von Herrn Reul folgen. Vielleicht könne sich der Ausschuß darauf verständigen, den Kultusminister zu bitten, einen Bericht über die Situation der Hauptschule im Lande zu geben. Dies schließe die Größe der Schulen und das Erweiterte Bildungsangebot und die tatsächlich erbrachten Leistungen ein. Im Lichte einer solchen Darstellung könne sich der Ausschuß präziser damit befassen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehe er keine Möglichkeit, daß seine Fraktion Konsequenzen für den derzeitigen Haushalt in diesem Zusammenhang ziehe.

**Abgeordneter Giltjes (CDU)** hält es für wenig hilfreich, jetzt einen Bericht anzufordern, der erst in einigen Monaten vorliege. Bis dahin sei das neue Schuljahr wieder gelaufen, die neuen Zahlen für die Hauptschule errechnet. Dann stelle sich auf einmal heraus, daß es möglicherweise mehr Schüler und zuwenig Lehrer gebe. Dann falle EBA weg, weil EBA einen 10%igen Zuschlag ausmache.

Was die Frage der kleinen oder vermeintlich zu kleinen Hauptschulen angehe, gebe es in den Richtlinien klare gesetzliche Grundlagen. Wenn der Kultusminister oder die Schulaufsicht die Auffassung vertreten, eine Schule sei zu klein, müsse sie geschlossen werden.

Wenn man allerdings an dieser Stelle die Absicht bekunde, EBA solle nicht abgebaut werden, müßten auch die benötigten Stellen beantragt werden.

Wer zu einer Aufstockung jetzt nein sage, beerdige EBA sofort.

Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

**Zu: Kap. 05 410 - Öffentliche Berufsschulen - Tit. 422 10**  
**Antrag der GRÜNEN betreffend Schüler-Lehrer-Relation**  
(s. Anlage 1 zu Vorlage 11/408, Nr. 48)

**Abgeordnete Schumann (GRÜNE)** hat dem Antrag "Stärkung der Qualifizierungsarbeit der beruflichen Schulen in Nordrhein-Westfalen" entnommen, daß die SPD-Fraktion auch die Meinung vertrete, daß die jetzige Stellenrelation zur Abdeckung der Rahmenstundentafel überhaupt nicht reiche, die für die Berufsschule gelte. Sie vermisse allerdings einen Antrag seitens der SPD-Fraktion, der in diese Richtung gehe. Bisher lägen nur Erklärungen vor, aber keine konkreten Taten.

Ihre Fraktion habe sich für die Relation 1 : 30 entschieden. Auf diese Zahl komme man, wenn man die 14 vorgesehenen Stunden und zwei Teilungsstunden abdecken wolle. Der Fehlbedarf für das Jahr 1990 werde mit 5 400 Stellen beziffert. Das sei dramatisch.

**Abgeordneter Reul (CDU)** gibt an, seine Fraktion stimme den Relationsveränderungen nicht zu, da hier ja neu berechnet werden solle. Allerdings zeuge das Verhalten der SPD-Fraktion, die in ihrem Antrag eine Verbesserung von 1 : 35 bei der Schüler-Lehrer-Relation für die Berufsschule fordere, dann aber, wenn es um Stellen im Haushalt gehe, kein Interesse bekunde, von doppelter Moral.

Der **Vorsitzende** stellt richtig, bei dem Antrag handele es sich um ein Programm für die gesamte Legislaturperiode. Der Inhalt des Antrags widerspreche dem Verhalten der SPD-Fraktion überhaupt nicht.

**Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD)** ist darüber erfreut, daß Herr Reul argumentiere, Konsequenzen aus den Untersuchungsergebnissen sollten nicht in diesem Haushalt gezogen werden.

Die Berechnungen des Lehrerbedarfs stünden in diesem Jahr an. Für die nächsten Haushaltsberatungen würden die Konsequenzen gezogen. Er schließe sich der

Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

Argumentation der CDU-Fraktion an, daß in diesem Haushalt keine neuen Relationen aufgestellt werden sollten.

**Abgeordnete Schumann (GRÜNE)** versteht nicht, warum sich die SPD-Fraktion dann in ihrem Antrag auf eine Relation von 1 : 35 festlege. Dann könne man nämlich auch Taten erwarten statt Ankündigungen für die nächsten fünf Jahre. Ansonsten sollte die Zahl herausgenommen werden.

Ob es ein neues Berechnungsverfahren gebe, sei etwas ganz anderes als die Ansicht der CDU-Fraktion, heute schon erkennen zu können, in welchem Umfang Lehrer mindestens gebraucht würden oder nicht. **Abgeordneter Reul (CDU)** verweist darauf, daß sich seine Fraktion der Bedarfsberechnung von 14 000 Lehrerstellen lückenlos anschließe.

Zumal der Einstellungsbedarf der Berufsschulen doch bekannt sei, möchte **Abgeordneter Reichel (F.D.P.)** von der Landesregierung wissen, inwieweit 600 Stellen gegenwärtig mit Blick auf die ausgebildeten Lehrer besetzt werden könnten.

Nach den Worten von **Ministerialrat Schwedt (Kultusministerium)** reicht der Lehrernachwuchs im Augenblick sicher nicht aus, sehr hohe Zahlen zu erfüllen. 250 könne man schon einstellen. Es würden ja nicht nur Bewerber aus Nordrhein-Westfalen, sondern auch aus anderen Bundesländern genommen.

Im übrigen handele es sich um ein fächerspezifisches Problem. Insbesondere in den gewerblich-technischen Fächern habe man einen Mangel an Bewerbern. Die Wirtschaftswissenschaftler, so auch die Diplomhandelslehrer, könnten den Bedarf schon decken.

Wie gesagt, er halte die Zahl 250 für möglich; sie dürfe aber nicht viel höher liegen. - Dem könne man entnehmen, daß 600 gegenwärtig nicht sinnvoll besetzt werden können, faßt **Abgeordneter Reichel (F.D.P.)** zusammen.

Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

Der Nachwuchsmangel an geeigneten Lehrern und Lehrerinnen für die beruflichen Schulen und die Einstellungspolitik der Landesregierung über Jahrzehnte, die Mängel aufweise, gehörten zusammen, unterstreicht **Abgeordnete Schumann (GRÜNE)**.

Selbst wenn die 600 Stellen nicht alle besetzt werden könnten, sei es wichtig, eine Einstellungsgarantie über mehrere Jahre auszusprechen. Es könne nicht sein, daß dauernd nachqualifiziert werden müsse. An dieser Stelle bestehe der Investitionsbedarf. Das wäre auch ein Signal an diejenigen, die sich gezielt für die Berufsschule ausbilden lassen wollten.

**Staatssekretär Dr. Besch (KM)** verweist auf die bereits vorliegende Einstellungsgarantie. Die Landesregierung habe dazu aufgefordert, die Mangelfächer zu studieren und gleichzeitig eine Einstellungsgarantie für diejenigen ausgesprochen, die ein entsprechendes Studium und die Referendarzeit erfolgreich abschließen. Hier handle es sich um kein spezifisches Problem von Nordrhein-Westfalen, sondern um ein Problem aller Bundesländer. Auch gebe es Abwerbungen von einem Land zum anderen. Praktisch sähen sich alle Länder gezwungen, solche Garantien zu geben.

**Abgeordneter Dr. Horn (CDU)** hält es für richtig, daß eine solche Einstellungsgarantie ausgesprochen wird. Allerdings sei das Vertrauen in solche Garantien in den vergangenen Jahren durch die "flackernde Personalpolitik" nicht gerade gestärkt worden.

Aufgrund der Tatsache, daß die Wirtschaft sehr attraktiv auf die Studierenden wirke und der Zustrom zu den technischen Fächern nachlasse, plädiere auch er dafür, deutliche Zeichen zu setzen, Garantien auszusprechen und Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Sonst werde es in den nächsten Jahren keinen Nachwuchs geben.

Das bestätigt **Staatssekretär Dr. Besch (KM)**. Deswegen habe die Bundesregierung auch die Grundlagen geschaffen, daß die Referendarbezüge in den entsprechenden Bereichen erheblich erhöht werden könnten. Die Landesregierung habe das umgesetzt, so daß seit dem 1. Dezember 1990 erheblich höhere Referendarbe-



Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

züge gezahlt würden. Allerdings fühlten sich die Referendare in den Fächern, die nicht von Mangel bedroht seien, schon zurückgesetzt. Ziel der Maßnahme sei es jedoch, den voraussehbaren Mangel zu beheben.

Nach den Ausführungen der Fraktionen und den Erklärungen der Landesregierung beantragt **Abgeordneter Reichel (F.D.P.)**, statt 600 Stellen zusätzlich 300 Stellen für die beruflichen Schulen auszubringen.

**Abgeordnete Schumann (GRÜNE)** ändert den oben angegebenen Antrag in der Weise, daß 600 Einstellungen für die Berufsschulen gefordert werden. Mit diesem Signal könne die Relation von 1 : 30 mittelfristig bis zum Schuljahr 1995/96 zur Deckung des vollen Unterrichtsbedarfs erfüllt werden.

Ihr sei auch nicht klar, in welcher Größenordnung die 600er Zahl nicht erreichbar sei. Sie weise darauf hin, daß allein der Deutschunterricht zu 33 % an den Berufsschulen nicht erteilt werde. So habe man einen riesigen Einstellungsbedarf in den berufsübergreifenden Fächern.

Abschließend kündigt **Abgeordneter Reichel (F.D.P.)** an, seine Fraktion werde in der zweiten Lesung zum Haushalt einen umfangreichen Sparvorschlag für den Landeshaushalt insgesamt einbringen. Dieser berühre den Schulbereich nur an einer einzigen Stelle: Förderung von Schulbauten. Das Schulbauprogramm sei zwar überwiegend im Einzelplan 20 enthalten, ein paar Positionen befänden sich aber in Einzelplan 05.

Die F.D.P.-Fraktion werde beantragen, daß die 60 Millionen DM, die für den Bau weiterer Gesamtschulen im kommenden Haushaltsjahr vorgesehen seien, gestrichen würden. Auch das diene dazu, die haushaltswirksamen Erhöhungsvorschläge zu decken. Jetzt sei angesichts der Tatsache, daß die Grundversorgung des Unterrichts an den Schulen nicht gesichert sei, nicht der richtige Zeitpunkt, weitere Gesamtschulen zu bauen.

Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

Der **Ausschuß** stimmt dem Einzelplan 05 in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge sowie § 21 Gemeindefinanzierungsgesetz 1991 (Schulbaumittel) mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, F.D.P. und den GRÜNEN zu.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/805 wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN abgelehnt.

Auf Antrag des **Abgeordneten Reichel (F.D.P.)** wird über den Antrag Drucksache 11/806 der Fraktion DIE GRÜNEN absatzweise - beginnend mit dem ersten Absatz nach "Der Landtag beschließt" -, abgestimmt.

Die ersten beiden Abschnitte werden mit den Stimmen von CDU, F.D.P. und SPD abgelehnt.

Der dritte Absatz wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN abgelehnt.

Der vierte Absatz wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und den GRÜNEN bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Der Antrag 11/806 wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN abgelehnt.

Zum Antrag 11/807 bemerkt **Abgeordnete Schumann (GRÜNE)**, sie halte es für einen Witz, wenn der Antrag erst jetzt beraten werde. Es sei eine taktische Variante, diesen Antrag nun zu beraten, um ihn in der Öffentlichkeit nicht abzulehnen. Sie weise ein solches Verfahren ab. - Der Antrag habe sich somit erledigt, bemerkt der **Vorsitzende**.

**Abgeordnete Matthäus (CDU)** kommt außerhalb der Tagesordnung auf eine Realschule in Oberhausen zu sprechen, in der eine Reihe von Lehrerinnen unter anderem im Fach Mathematik aufgrund des Erziehungsurlaubs fehlten. Eine Lehrerin

Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

sei aber bereit gewesen, vorzeitig aus ihrem Erziehungsurlaub zurückzukehren. Das habe man abgelehnt, angeblich, weil die Haushaltsmittel fehlten.

Das dürfe nicht hingenommen werden, wenn man wisse, daß drei Lehrerinnen ihren Unterricht nicht antreten könnten und der Unterricht monatelang ausfalle.

**Leitender Ministerialrat Dr. Bröcker (Kultusministerium)** bestätigt, dieser Einzelfall sei schwer zu akzeptieren. Die betreffenden Lehrerinnen hätten sich gemäß § 85 a Landesbeamtengesetz auf einen bestimmten Zeitpunkt hin beurlauben lassen. Anträge auf vorzeitige Rückkehr seien in kw-belasteten Kapiteln nur in schwerwiegenden Sozialfällen möglich, nicht aber, wenn die konkrete Bedarfslage der Schule eine Rückkehr erforderlich mache. Das sei die Konsequenz daraus, daß es, haushaltstechnisch gesehen, eine Übererfüllung des Lehrerbedarfs an den Realschulen gebe.

Von der Übererfüllung an den Realschulen insgesamt habe diese reale Realschule überhaupt nichts, wenn dort vier Lehrer ausfielen, bemerkt **Abgeordnete Matthäus (CDU)**. Da es sich auch noch um Fächer handele, die nur schwer nachzuholen seien, müsse doch der Bedarf der Schüler wichtiger sein als ein eventueller Sozialfall.

Die Eltern gingen davon aus, daß es sich vielleicht um einen Übertragungsfehler oder ein Mißverständnis handele. Man habe doch 40 Lehrergehälter eingespart und sollte drei freigeben, damit ein halbwegs geordneter Unterricht stattfinde. Dem könne sie sich als Parlamentarierin nur anschließen.

**Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD)** fragt, woran es liege, daß solche klaren Auskünfte weder von dem Schulleiter noch von der gesamten Linie der Schulaufsicht bis ins Kultusministerium hineingegeben würden. Alle damit Befassten seien namentlich als solche benannt worden, die erklärt hätten, daß alles liege nur daran, daß der Landtag uneinsichtig sei und diese Angelegenheiten nicht regele.

Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

Das könne man dem Landtag sicherlich nicht zuweisen, unterstreicht **LMR Dr. Bröcker (KM)**. Es gebe keinerlei Vorschläge der Landesregierung, wie man die Probleme in kw-belasteten Kapiteln regeln solle. Für die Realschulen verweise er auf ein fächerspezifisches Einstellungskontingent in den kw-Bereich hinein. Jetzt könne es darum gehen, daß diese neuen Stellen gezielt, zum Beispiel auch für Oberhausen, eingesetzt würden. Die Schulaufsicht sei gefordert, durch Versetzungen und Abordnungen den Ausgleich herzustellen.

Die Schulaufsichtsbehörde dürfe nicht zulassen, daß es drei Monate keinen Unterricht gebe, bestätigt auch **Staatssekretär Dr. Besch (KM)**. Die Schulaufsicht müsse sich unverzüglich darum bemühen, Lehrer von einer anderen Schule an die betroffene zu versetzen bzw. zu Dienstleistungen abzuordnen. Das wäre die korrekte Antwort.

Auf eine entsprechende Bemerkung des **Abgeordneten Dr. Dammeyer (SPD)** erwidert **Staatssekretär Dr. Besch (KM)**, wenn sich die Eltern in Einzelfällen an das Ministerium wandten, werde die Schulaufsicht darüber informiert.

Der Regierungspräsident sei dann gefordert zu erklären, wie er gedenke, den Mangel abzustellen. Drei Wochen in einem Fach ohne Unterricht dürfe es nicht geben.

Der **Ausschuß** benennt **Abgeordneten Frey (SPD)** zum Berichterstatter.

Auf eine entsprechende Frage der **Abgeordneten Matthäus (CDU)** führt **Ministerialrat Christiani (Kultusministerium)** aus, die Schulratsstelle für Oberhausen sei in der Stadt schon ausgeschrieben gewesen. Dann habe man zwei Stellen gesperrt. Daraufhin habe die Stadt Oberhausen das Kultusministerium angeschrieben.

Auf den Hinweis, daß die pädagogische Arbeit durch das vorübergehende Fehlen des Schulaufsichtsbeamten brachliege, habe das Ministerium geantwortet, daß in Oberhausen seit zehn Jahren drei Schulräte - also über die Relation hinausgehend - tätig gewesen seien, und man davon ausgehe, daß es aufgrund der Vorarbeiten möglich sei, eine gewisse Durststrecke in Kauf zu nehmen.

Ausschuß für Schule  
und Weiterbildung  
8. Sitzung

06.03.1991  
sd-sz

**LMR Dr. Bröcker (KM)** bestätigt, zwei Schulratsstellen seien gesperrt worden. Aufgrund der Ergänzungsvorlage vom 1. März entfielen diese beiden Stellen endgültig. Diese Kürzung des Kontingents der Schulräte um zwei Stellen müsse als Äquivalent für den Aufbau der neuen Ministerien geleistet werden.

Wenn dann in dem Schreiben an die Stadt Oberhausen stehe, das Oberhausener Schulamt weise keine günstige Relation Lehrerstelle je Schulrat auf, hält es Frau **Abgeordnete Matthäus (CDU)** für erstaunlich, daß ausgerechnet hier die Schulratsstelle weg falle.

**2 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG)**

Vorlage 11/218

Der **Ausschuß** stimmt der Vorlage 11/218 ohne Diskussion zu.

gez. Frey  
Vorsitzender

19.06.1991/03.07.1991